Ä9 Campusgrüne Grundwerte

Antragsteller*in: Johannes Klein (Grüne Hochulgruppe Saar)

Änderungsantrag zu A8NEU2

Von Zeile 257 bis 282:
~~Gewalt verhindert einen freien und gleichen Diskurs und ist deshalb niemals legitimes Mittel grüner Politik.~~

~~Sobald einem Lebewesen Gewalt angetan wird, entstehen Schmerzen, entstehen Angst und Wut und langfristig entsteht weitere Gewalt. Ob diese berechtigte Gegenwehr ist oder eine weitere Eskalation, zu einer gemeinsamen und gerechten Lösung führt es in keinem Fall. Stattdessen entstehen neues Leid und mehr Gewalt. Jede Gesellschaft muss daher Wege finden Konflikte ohne Gewalt zu lösen, doch wir sehen in der Welt, dass dies ein selten erreichtes Ideal ist. Gewalt ist nicht nur körperlich, sondern kann auch seelisch sein oder versteckt ausgeübt werden. Manchmal ist Gewalt den Beteiligten, weder Opfer noch Täter*innen völlig bewusst, aber sie geschieht trotzdem. Es ist daher unser aller Aufgabe Gewalt aufzudecken und Wege zu finden sie zu verhindern, nicht durch Vergeltung, sondern Aufklärung. Das gilt für einen Streit unter Freund*innen bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Frieden muss in allem Handeln oberstes Ziel sein, durch das Ansprechen der Gewalt, das Aussprechen zwischen den Konfliktparteien und das Auflösen der Konfliktsituation.~~

~~Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt, aber mit Worten und gewaltfreier Aktion. Wir glauben, dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht steht Wege friedlicher Konfliktlösung und gewaltfreien Zusammenlebens aufzuzeigen. Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder kriegerische Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für alle staatlichen Hochschulen. Stattdessen ist die Arbeit der Friedensforschung und Konfliktprävention stärker zu fördern. Hochschulen sollen auch jenseits ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein, Übergriffe jeglicher Art müssen restlos aufgeklärt und geahndet werden und das gesellschaftliche Klima sollte so gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten sicher und wohl fühlen können.~~

Wir streben eine Welt ohne Gewalt und Unterdrückung an.
Wir erkennen an, dass dazu in einigen Fällen Widerstand und Selbstverteidigung nötig sind.
Inbesondere räumen wir Faschist*innen keinen Raum im gesellschaftlichen Diskurs ein, sondern stellen uns ihnen mit allen nötigen Mitteln entgegen.

Ungerechtfertige Gewalt kann sich aber nicht nur in kriminellen oder anti-staatlichem Handeln finden.
Auch Staatliche Repression gegen Demokratische und Linke Diskurse, sowie willkürliche Gewalt durch Polizei & staaliche Organe lehnen wir entschlossen ab.

Begründung

Der Gewaltbegriff, wie er in der bisherigen Fassung dargestellt wurde, ich gleichzeitig zu umfassend und zu unspezifisch. Er wirft zwischenmenschliche Gewalt im Alltag und sexistische Diskrimierung mit kriegerischen Handeln durcheinander.
Gleichzeitig verkennt er, dass es gerade bei Kriegen in der Regel Täter und Opfer gibt, und nicht etwa Konfliktparteien auf Augenhöhe, die jeweils berechtigte Interessen durchsetzen wollen. Bloß mit den falschen Mitteln.
Gleichzeitig charakterisiert der Text Gewalt nur als Handlung und sieht nicht die intrinsische Gewalt in der Beibehaltung von unterdrückerischen Zuständen.
Als Verband, der sich gegen Antisemitismus & Antizionismus einsetzt, ist es auch inbesondere wichtig, das Selbstverteidigungsrecht Israels anzuerkennen. Und leider kann man sich gegen die Hamas nicht

mit netten Worten und neuen Diskursformaten überzeugen.
Wir werden Faschist_innen mehrheitlich nicht verändern können - wir können sie aber mit allem was in unserer Macht (= Gewalt) steht kleinhalten und dafür sorgen, dass ihre Kinder so wie wir werden.
Gewaltfreie Diskurse kann es nicht geben, solange unsere Gesellschaft vom Kapitalismus geprägt und von diskriminierenden Denkmustern durchzogen ist.